

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Bezahlte oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Uneingelöste Forderungen.

Der abgeschlossene Tagungsabschnitt des Reichstages hat an die Arbeitskraft der Abgeordneten sehr bedeutende Ansprüche gestellt. Wer die Tätigkeit der einzelnen Vertreter allerdings nach ihren in den Vollsitzungen gehaltenen Reden abschätzt, kann meinen, die Mehrzahl der Abgeordneten habe in beschaulichem Nichtstun dahingelebt; denn die Zahl der Redner im Plenum ist in den letzten Jahren niedriger gewesen als früher. Man erinnert sich, daß beispielsweise die Debatten über das Gehalt des Staatssekretärs vom Reichstag des Innern manchmal 14 ja 20 Tage im Anspruch genommen haben, da bei dieser Position alle Beschwerden auf wirtschafts- oder sozialpolitischem Gebiete vorgebracht wurden. Und in der Hauptsache bestritt nur die sozialdemokratische Fraktion die Redezeiten. Das hat sich im Kriege geändert. Was zu sagen ist, wird zwar gesagt, aber in kürzerer Zusammenfassung und ohne die bei der früheren Verhandlungsart unvermeidlichen Wiederholungen.

Der Maßstab, die Arbeitsleistung der einzelnen Abgeordneten nach Umfang und Zahl ihrer Reden im Plenum zu beurteilen, ist jedoch unrichtig. Die Hauptarbeit wird jetzt noch viel mehr als früher in den Ausschüssen geleistet, über deren Verhandlungen in der Regel die Öffentlichkeit, außer gelegentlichen kurzen Notizen, überhaupt nichts erfährt. Nur über die Sitzungen des Haushaltsausschusses, der neuerdings in nicht recht zutreffender Weise gern als Hauptausschuß bezeichnet wird, werden eingehendere Berichte mit Namensnennung einzelner Redner bekanntgegeben. Ueber die Tätigkeit der anderen Ausschüsse, deren es jetzt volle drei Duzend gibt — in normalen Zeiten sind es höchstens acht bis zehn —, erfährt die breite Öffentlichkeit so gut wie nichts, und selbst die abschließenden schriftlichen Berichte, von manchmal recht erheblichem Umfange, werden in der Regel nur wenig beachtet, obwohl in ihnen oft eine Unsumme von verschwiegendem Fleiße und angestrengtester Tätigkeit liegt. Den Abgeordneten fällt es darum auch nicht ein, den Wert des einzelnen nach seinen Plenarreden zu bemessen. Sie wissen, daß mancher, der nur selten und dann kurz von der Tribüne herab spricht, viel fleißiger arbeitet als andere, die jede Gelegenheit benutzen, ihre Namen als Redner gedruckt lesen zu können, die es aber gern vermeiden, sich an der stillen Bienenarbeit in den Ausschüssen zu beteiligen.

Darf also auch gesagt werden, daß der Reichstag im letzten Abschnitt sehr intensiv gearbeitet hat, so ist es ihm doch nicht gelungen, auf gewerkschaftlichem Gebiete alle Früchte zur Reife zu bringen, die nun wirklich lange genug schon hätten gepflückt werden sollen. Als die Regierung Hertling ihr Amt antrat, versprach sie die Aufhebung des verächtlichen § 153 der Gewerbeordnung und die Schaffung einer Instanz, in der die Arbeiter ihre öffentlich-rechtlichen Interessen vertreten könnten. Das erstere Versprechen ist eingelöst und der § 153 kurzerhand aufgehoben worden. Dieser Paragraph bedrohte zwar Arbeiter wie Arbeitgeber in gleicher Weise, wurde aber nur gegen die Arbeiter angewendet und hat zahllose Bestrafungen wegen mündlicher Beleidigungen gebracht, die sonst unmöglich gewesen wären. Ganz aus den Fallstricken sind damit die Arbeiter nicht herausgekommen. Noch immer ist nach § 253 des Strafgesetzes zulässig, daß ein Gewerkschafter wegen Erpressung belangt wird, wenn er einem Arbeitgeber erklärt, dieser habe im Falle der Ablehnung gewisser Forderungen einen Streik zu gewärtigen. Das Reichsgericht hat bekanntlich den Standpunkt eingenommen, wer diese „Drohung“ ausspreche, wolle sich oder andern einen „widerrechtlichen Vermögensvorteil“ verschaffen und mache sich damit der Erpressung schuldig. Diese Auslegung ist zwar blinder Unsinn; denn erstens ist es niemals ein widerrechtlicher Vorteil, wenn der Arbeiter sich höhere Löhne zu verschaffen sucht, und zweitens ist der Streik eine völlig gesetzliche Handlung; also kann die „Bedrohung“ mit einem Streik nicht unter den Begriff einer entehrenden „Erpressung“

fallen. Doch die reichsgerichtliche Entscheidung besteht nun einmal, und es ist nötig, auszusprechen, daß die Anwendbarkeit des § 253 des Strafgesetzes nicht aufgehoben worden ist durch die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung. Wenn Staatsanwälte und Gerichte in Zukunft von ihrer famosen Erpressungstheorie keinen Gebrauch mehr machen, so wäre das verständlich; aber eine Rechtsicherheit auf Ausmerzung des häßlichen juristischen Fehltritts besitzen die Arbeiter nicht, und man müßte mehr Vertrauen zu unsern beamteten Juristen haben, als nach trüben Erfahrungen zulässig ist, wollte man nicht mit der Möglichkeit rechnen, daß eines schönen Tages die bequeme Erpressungstheorie wieder aus der Versenkung steigt. Dem muß durch einen operativen Eingriff in den Wortlaut des Gesetzes vorgebeugt werden.

Noch weniger genügend ist die Art, wie durch die Arbeitskammern die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeiterinteressen gesichert werden soll. Beim großen Ministersterben in Preußen vorigen Herbst und beim Regierungsantritt Hertlings war der Straßburger Oberbürgermeister Schwander mit der Leitung des Reichswirtschaftsamts betraut worden. Er brachte einen für Preußen neuen Geist mit und wollte ehrliche Sozialpolitik im demokratischen Sinne treiben. Er hat's nicht lange ausgehalten. Es war wahr, daß er aus Gesundheitsrücksichten das Amt bald wieder niederlegte und nach Straßburg zurückkehrte. Nur hat er nicht öffentlich erklärt, wodurch seine Gesundheit so angegriffen worden war, nämlich durch die heimlichen, aber empfindlichen Anfeindungen und Hindernisse, denen sein Wirken ausgesetzt war und denen er sich nicht gewachsen fühlte. Sein Nachfolger ist Freiherr v. Stein geworden, der sich nicht bemüht, den reformatorischen Charakter seines Namensvetters vor hundert Jahren zu entwickeln, der vielmehr mit verbissener Beharrlichkeit an der beruflichen Gliederung der Arbeitskammern festhält, während die Gewerkschaften mit stichhaltigsten Gründen den territorialen Aufbau der Kammern fordern, weil sie nicht wollen, daß auch bei diesem Gesetz der alte preussische Anstich liegt, der nur scheinbar etwas gibt, in Wirklichkeit jedoch ein Messer liefert, dem Griff und Klinge fehlen. Denn wenn die Arbeitskammern beruflich gegliedert werden, statt daß sie in jedem Bezirke alle Berufe zu gemeinsamer Beschlussfassung und Tätigkeit vereinen, so sind die Arbeitskammern von vornherein zur Einflußlosigkeit verurteilt. Das aber will die Reaktion, und v. Stein ist ihr getreuer Helfer. Der Kampf ist noch nicht abgeschlossen; sein Ausgang wird zeigen, was von der Hertlingschen Neuorientierung zu erwarten ist.

Zur Besserung der Wohnungsverhältnisse, die drückender und gefährlicher werden, hat der Reichstag eine umfangreiche Resolution mit hübschen Forderungen angenommen, unter denen sich auch die Vergabe von 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Gewährung billiger Baudarlehen, zu Zuschüssen und zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds befinden. Die Regierung hat auch ihre Zustimmung geäußert. Öffentlich bleibt es nicht bei platonischer Liebe. — Im Arbeiterschutz ist eine größere Sicherung vor Betriebsunfällen dringend nötig; die Gesetzesverwaltung berief sich, als bestimmte Schutzvorschriften außer Kraft gesetzt wurden, auf Kriegsnotwendigkeiten. Die Sozialdemokratie forderte Wiedereinführung des vollen Schutzes. Sie ist damit nicht durchgedrungen. Ebenso wenig ist die gleiche sozialpolitische Bewertung der Berufsfrankheiten mit den Berufsunfällen erreicht worden. Auch bei der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sind viele Fragen noch ungelöst, so daß der Reichstag, wenn er Anfang November wieder zusammentritt, ein reiches Arbeitsfeld vorfindet. Die Regierung wird zu zeigen haben, ob sie ehrliche Sozialpolitik treiben will oder ob auch ihr die Interessen der Unternehmer höher stehen als die der Arbeiter.

Sieg oder Verständigung?

Die „Internationale Korrespondenz“ (IK) gilt als sozialdemokratisches Organ. Sie ist das, da sich ihr Herausgeber Albert Baumeister und ihr Redakteur Ernst Heilmann zur Partei bekennen. Nicht aber ist sie, was von mehreren Seiten wiederholt aus ihr gemacht worden ist, das Sprachrohr des Parteivorstandes oder der Generalkommission. Sie ist ein durchaus privates Unternehmen, und ihr Inhalt entspricht lediglich den Anschauungen ihrer Redaktion, wie das bei jedem andern Presseorgan gleichfalls der Fall ist. Keine Partei darf als Gesamtheit dafür verantwortlich gemacht werden, was ein einzelnes ihrer Blätter als seine Meinung vertritt. Jede Partei gelangt ab und zu in die Lage, einer Ansicht zu widersprechen, die in dem einen oder andern ihrer Organe zum Ausdruck gekommen ist; das hat der IK gegenüber schon oft geschehen müssen. Auch jetzt ist es wieder notwendig. In seiner Nummer vom 10. August enthält das Blatt als Spitzenartikel einen Aufsatz: „Kommt der Frieden näher?“ Nachdem darin die Rückverlegung der deutschen Westfront besprochen worden ist, wird denen entgegengetreten, die meinen, vielleicht bringe uns der militärische Misserfolg insofern dem Frieden näher, als beide Parteien sich immer mehr überzeugen würden, daß keine die andere überwältigen könne, und dann die Schlussfolgerung nahe läge, man müsse sich verständigen, ehe die ganze europäische Kultur über diesem furchtbaren Kriege zugrunde gehe. Diese Anschauung sei dem Blatte immer als grundfalsch erschienen, und heute halte es sie für unbegründeter als je. Kein Mensch in Deutschland glaube an die Möglichkeit, daß die deutsche Westfront durchstoßen, uns eine katastrophale Niederlage bereite und Deutschland gezwungen werden könnte, binnen kurzem selbst unter harten Bestimmungen einem Frieden zuzustimmen. Auch wenn uns in diesem Jahre entscheidende militärische Erfolge auf deutscher Seite nicht beschieden wären, so würden doch nur günstigenfalls die deutschen Eroberungspolitiker verstummen und die Wahlrechtsfeinde ihren Widerstand aufgeben müssen; vielleicht bekämen wir dann auch ein parlamentarisches Reichsministerium. Aber die Friedensaussichten würden nicht verbessert sein. Im Gegenteil bedeute jeder Erfolg, den die Ententeheere jetzt erringen, eine Stärkung für Lloyd George, Clemenceau und Wilson. Sie würden ihre Völker leicht zur Verlängerung des Krieges bewegen können durch den Hinweis, im nächsten Jahre würden neue Millionen amerikanischer Truppen auf dem Kriegsschauplatz erscheinen, und dann sei es geschafft. Auf die Friedensströmung bei den Arbeitern Frankreichs und Englands dürfe man nicht entscheidende Hoffnung setzen; jedenfalls besitze sie nicht die Kraft, Clemenceau zu stürzen oder Lloyd George zu entfernen, von Wilson ganz zu schweigen. Auch der Malbyprozeß habe keinen großen Einfluß. Es liege für uns kein Grund vor, den Kopf hängen zu lassen. Als die Russen vor Lemberg und die Engländer vor Konstantinopel standen, sei unsere Lage schon viel schwieriger gewesen; aber Hindenburg und Ludendorff hätten immer wieder bewiesen, daß sie die Lage zum Erfolg zu wenden wüßten. Ueber eins müßte wir uns klar sein: Der Weg zum Frieden gehe heute wie vor vier Jahren nur über deutsche Siege. Jede deutsche Schlappe sei ein Triumph der fanatischen Kriegstreiber, die seit Kriegsbeginn in den Ententestaaten die Regierung inne haben. Es gebe keine falschere Anschauung als die, daß nur das viele deutsche Siege die stolzen Feinde davon abhalte, in einen ehrenvollen Vergleichfrieden zu willigen. Ein Narr, wer glaube, daß wir durch Ententesiege jemals dem Verständigungsfrieden näher kommen.

Der letzte Satz sowie der vorausgegangene, daß der Frieden heute wie vor vier Jahren nur über deutsche Siege gehe, sind in dem Artikel durch Fettdruck hervorgehoben. Es scheint, als ob die IK offene Türen einzuschlagen sich bemüht. Kein Mensch in Deutschland glaubt ernstlich, daß wir durch Ententesiege dem Frieden näher kommen könnten. Das Gegenteil ist Wahrheit. Deshalb ist ja eben die Stimmung in Deutschland jetzt so gedrückt,

weil durch die doch sehr erheblichen deutschen Rückzüge die Aussicht auf baldigen Frieden wesentlich herabgedrückt worden ist. Verzweifelt ist jedoch niemand. Und wenn hier und dort der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß es am Ende gar nichts schaden könne, wenn wir einmal eine Schlappe erleiden würden, so ist das sicherlich nicht geschehen, weil durch militärische Erfolge der Gegner eine Stärkung des Friedenswillens bei denselben erwartet würde, sondern weil dadurch den deutschen Annexionsbrütlern, deren Auftreten im Auslande ungemein schädlich und kriegsverlängernd gewirkt hat, ein heilsamer Dämpfer aufgesetzt werden würde.

Doch das Einrennen offener Türen durch die IK würde keinen Anlaß geben, gegen sie zu polemisieren. Ein anderer, viel wichtigerer Umstand zwingt dazu, nämlich der fettgedruckte Satz, der Weg zum Frieden gehe heute wie vor vier Jahren nur über deutsche Siege. Mit dieser These verläßt die IK völlig den Boden der sozialdemokratischen Politik, und sie ist selbst schuld, wenn ihr alldeutsche Gedankengänge zur Last gelegt werden. In einer seiner besten Reichstagsreden hat Scheidemann bereits vor Jahresfrist ausgeführt, daß die deutschen Siege, die wir selbstverständlich alle wünschen, auch im günstigsten Falle doch nicht viel weiter als bis zur Eroberung von Paris und zur noch schärferen Einschüchterung Englands gehen könnten, daß sie sich aber unmöglich auf die Unschädlichmachung oder Ueberwältigung Amerikas erstrecken könnten, ganz abgesehen von den inzwischen noch in die Reihen unserer Kriegsfeinde getretenen südamerikanischen Staaten. Nur über deutsche Siege kann also der Weg zum Frieden nicht gehen. Das heißt, Deutschland wird selbst bei den überwältigenden militärischen Erfolgen niemals in der Lage sein, den Feinden den Frieden zu diktieren. Es muß auch dann noch mit dem Moment der Verständigung arbeiten, wie es die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 gefordert hat. Nur durch militärische Siege bedeutet den „Separatfrieden“, von dem die Unbesiegten phantasieren, der aber von der Sozialdemokratie jederzeit grundsätzlich abgelehnt worden ist, nicht nur weil er faktisch unmöglich ist, sondern auch, weil er nur einem neuen Zukunftskriege die Wege bahnen würde.

Und noch aus einem andern Grunde tritt die Sozialdemokratie für den Verständigungsfrieden ein. Die Träger der Friedensidee sollen alle Völker werden, die Massen der kriegsbeteiligten Völker. Die Regierungen bringen keinen Frieden zustande. Stehen sie militärisch gut, so wollen die Gegner nicht. Stehen sie militärisch schlecht, so wollen sie selbst nicht, weil sie dann schlechtere Aussichten für Gestaltung der Friedensbedingungen haben. Das ist ja eben das entscheidende und große Merkmal des Verständigungsfriedens, daß er den Friedensschluß unabhängig machen will von der jeweiligen militärischen Lage. Die Völker wollen Frieden, Frieden, Frieden. Nicht den Frieden um jeden Preis, sondern einen Frieden, der ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung ermöglicht. Die Völker müssen auf ihre Regierungen drücken, daß sie sich zu einem solchen Frieden, der jeden Augenblick möglich ist, entschließen. Bisher haben nur das deutsche und das russische Volk diesen Druck ausgeübt; in Rußland ist das Patentreum dabei begraben worden. An den französischen und den englischen Arbeitern liegt es, den gleichen Einfluß auf ihre Regierungen zu gewinnen. Es ist tatsächlich und auch taktisch falsch und nicht begründet, wenn die IK mit leichter Geste über die Friedensströmung bei den Arbeitern Frankreichs und Englands hinweggeht. Ihrem Satze, nur durch Waffenstärke sei der Weg zum Frieden gegeben, ist mit durchschlagendem Rechte eine andere These gegenüberzustellen, nämlich die: Nur durch starke Beeinflussung der Entente-regierungen seitens ihrer Völker, namentlich ihrer Arbeiter, ist die Möglichkeit eines baldigen Friedens gegeben. Wird dieser Druck nicht ausgeübt, dann allerdings gehen schließlich wir alle samt unserer Kultur zugrunde.

Verbandsnachrichten.

† Richard Rudloff, Gauleiter unseres Zentralverbandes für Thüringen, ist, wie uns telephonisch mitgeteilt wird, am 11. August dieses Jahres, abends 10 Uhr, einem wiederholten Schlaganfall erlegen. Vor etwa vier Wochen hatte er infolge schwerer Nervenstörungen seine Tätigkeit für den Verband einstellen müssen. Immerhin hegen wir die Hoffnung, daß er nach längerer Zeit der Ruhe und Erholung wieder auf seinen Posten zurückkehren werde. Als wir jedoch bald darauf erfuhren, daß er von einem Schlaganfall betroffen, der eine rechtsseitige Lähmung hinterlassen, sank zwar diese Hoffnung um einiges, dennoch aber rechneten wir noch keineswegs mit einem so baldigen Ableben unseres allseitig geachteten und geschätzten Kameraden. Die Meldung von seinem plötzlichen Tode hat uns deshalb sehr überrascht.

Richard Rudloff ist am 25. August 1861 in Hohenkirchen im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha geboren. Dem Verbands ist er beigetreten im Jahre 1896. Schon bald

danach sahen wir ihn in den vordersten Reihen unserer Thüringer Bewegung. Seine Mitgliedschaft in der Agitationskommission für Thüringen, die in Erfurt ihren Sitz hatte, gab ihm Gelegenheit zu reger Tätigkeit. Er wußte sich schnell das Vertrauen der Thüringer Zimmerer zu erwerben und konnte deshalb um so erfolgreicher wirken. Auch die Erfurter Kameraden schätzten ihn; sie beriefen ihn gelegentlich einer sehr langwierigen und umfangreichen partiellen Streikbewegung im Jahre 1903, die mit Erfolg verlief, zum Leiter derselben. Schon hier legte Richard Rudloff großen Eifer an den Tag; keine Arbeit war ihm zu schwer; er unterzog sich jeder Aufgabe, die ihm gestellt wurde, mit Lust und Liebe, und ihm gebührt ohne Zweifel an dem Erfolg der damaligen Bewegung ein beachtliches Verdienst. Allein Richard Rudloff hatte sich während dieser Bewegung doch reichlich viel zugemutet; denn bald warf ihn eine schwere Krankheit auf das Krankenlager, das er erst nach Monaten wieder zu verlassen vermochte. Inzwischen hatte die fünfzehnte Generalversammlung unseres Verbandes im Jahre 1903 den Beschluß gefaßt, für die Agitation Bezirksvertrauensmänner anzustellen. Zwar befand sich Richard Rudloff anfangs nicht unter den Bewerbern um diesen Posten. Was ihn davon zunächst abgehalten hat, ist nie bekannt geworden. Vielleicht war es allzu große Bescheidenheit, vielleicht aber auch ein sehr fein ausgeprägtes Empfinden, das leicht zu einem Vorurteil werden kann: Ihm kam es schwer an, Arbeiterangestellter zu werden und sich durch Arbeiter ernähren zu lassen. Mit diesem Vorurteil gegen Arbeiterangestellte wurde auch schon damals nicht gekämpft. Schließlich hat er sich aber doch darüber hinweggesetzt und sich nachträglich, im November 1913, für den Posten eines Bezirksvertrauensmannes für Thüringen angeboten, nachdem die Besetzung desselben infolge Schwierigkeiten, die in der Person des zuerst hierfür gewählten Kameraden ihre Ursache hatten, noch nicht hatte erfolgen können. Der Zentralvorstand beauftragte Richard Rudloff im Dezember 1903 mit den Arbeiten für den Bezirk, und am 1. Februar 1904 erfolgte sodann seine Anstellung als Gauleiter. Seitdem hat er im Gau, den er kannte wie nur einer, tatkräftig gearbeitet. Es ist ihm nicht leicht geworden, besonders nicht in den ersten Jahren seiner Tätigkeit, die Thüringer Zimmerer dem Verbands zuzuführen. Die meisten von ihnen waren noch nicht zum Bewußtsein ihrer Lage gelangt; sie fühlten sich unter den teilweise noch recht patriarchalisch anmutenden Verhältnissen leidlich wohl und wollten daraus nicht einmal gern befreit sein. Geduld und Ausdauer waren erforderlich, um in dieser Auffassung einen Umbruch herbeizubringen. Richard Rudloff verfügte über beide Eigenschaften. Aber auch noch über eine dritte. Er blieb auch als Arbeiterangestellter seinen früheren Arbeitsgenossen ein wahrer Kamerad, der überall, wo es galt zu helfen, bereit war. Ihm war jede Ueberhebung fremd; er wollte nicht mehr scheinen als er war: seinen Kameraden ein Berater und Freund im wahren Sinne des Wortes. Und besonders deswegen war er geachtet und geehrt. Der Gau Thüringen zählte im vierten Quartal 1904, dem ersten Jahre der Tätigkeit Richard Rudloffs, in 20 Zahlstellen 651 Mitglieder. Ende des Jahres 1913, vor Ausbruch des Krieges, zählte er in 45 Zahlstellen 2883 Mitglieder. So hat sich unter Richard Rudloffs Leitung der Gau tüchtig herausgemacht, so daß er andern gegenüber in nichts zurücksteht.

Der Krieg, der allen seine Spuren eingräbt, hat auch Richard Rudloff nicht verschont. Seine Familie ist besonders hart getroffen durch den Verlust einiger ihrer nächsten Mitglieder. Auch das mag die Gesundheit unseres Freundes mit untergraben haben. Richard Rudloff war übrigens eine jener Naturen, die ihre Klagen nicht in die Welt hinausschreiben, sondern die still ihr Leid tragen, es keinem Menschen, nicht einmal dem Freunde, anvertrauen. Nun ist er von uns gegangen. Seine Familie verliert in ihm den immer sorgenden Gatten und Vater; unser Verband eine tüchtige und bewährte Arbeitskraft; die Thüringer Zimmerer verlieren einen treuen Freund und Helfer. Alle, alle werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Leiche wurde am 15. August im Krematorium zu Gotha eingäschert.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Am 1. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß die Kameraden Max Hönisch und Fritz Wegel im Alter von 20 Jahren gefallen sind. Dann beschäftigte man sich mit der Rechnungslegung vom ersten Quartal. Kasse und Bücher waren in Ordnung. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M 2257,40. Die Einnahme der Lokalkasse mit dem alten Bestand betrug M 6313,78. Dem stand eine Ausgabe von M 1524,05 gegenüber, so daß am Schlusse des Quartals ein Bestand von M 4799,73 verblieb. Der Mitgliederbestand betrug 346 Kameraden. Dann befaßte man sich mit der Konferenz der Gauleiter und des Zentralvorstandes in Leipzig. Kamerad Schmidt zerlegte sehr lehrreich noch einmal den Verlauf der Konferenz, wie er schon in Nr. 28 des „Zimmerer“ berichtet ist. Eine Generalversammlung hat letztmals im Jahre 1913 stattgefunden. Die Kriegsverhältnisse ließen leider eine neue nicht gut zu.

Da aber im Frühjahr unser Tarifvertrag abläuft und dieser von Grund auf umgearbeitet und den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden muß, macht sich schon die Einberufung einer Generalversammlung zum nächsten Frühjahr notwendig, desgleichen eine Beitragsserhöhung, die bis jetzt trotz mehrerer Teuerungszulagen unterblieben ist. Die Sätze für Arbeitslosen-, Streikunterstützung usw. müssen revidiert werden. Alles dies konnte die Konferenz nicht erledigen und wurde bis zur Generalversammlung vertagt. Unter Verbandsangelegenheiten kam unser Winterbeitrag, den wir voriges Jahr eingeführt haben, zur Sprache. Kamerad Schmidt führte den Kameraden an Hand unserer letzten Rechnung vor Augen, welchen großen Nutzen der Winterbeitrag für unsere Lokalkasse gehabt hat, und er ermahnte die Kameraden, im Interesse der Zahlstelle denselben beizubehalten. Die Versammlung beschloß, auch in diesem Jahre in den beitragsfreien zehn Wochen einen Beitrag von wöchentlich 50 $\frac{1}{2}$ zugunsten der Zahlstelle zu leisten. Ferner wurde für die Lubendorfschen ein Beitrag bewilligt. Zum Schlusse setzte eine sehr lebhaft debattierte über unsere Forderung einer neuen Teuerungszulage ein. Sämtliche Redner drückten ihren großen Unwillen darüber aus, daß die Sache noch nicht weiter gediehen ist und verlangten, daß den Unternehmern eine kurzfristige Forderung gestellt werden soll, und wenn dieselbe nicht erfüllt würde, bis zum äußersten zu gehen. Hauptsächlich sollten die Firmen Robert Masche und Karl Luchsheer, die die meisten Arbeitsstellen haben, zu neuen Zulagen herangezogen werden. Sollten die Forderungen nicht bewilligt werden, dann sind andere Maßnahmen zu treffen. Der Vorstand gab sich die größte Mühe, die Kameraden davon zu überzeugen, daß dies unmöglich ist, da wir doch mit dem Arbeitgeberbund im Vertragsverhältnis stehen und wir den Vertrag auch einhalten müssen, um so mehr, da doch Verhandlungen seitens der Zentralkasse mit dem Bund angeknüpft sind und diese doch in den nächsten Wochen abgehalten werden müssen. Im notwendigen Falle würde der Vorstand dann sofort eine Mitgliederversammlung einberufen und ihr die Angebote der Unternehmer mitteilen. Es wollte sich aber keiner der Redner überzeugen lassen. Sie erklärten, bei den jetzigen dauernd steigenden Lebensmitteln- und andern Bedarfsartikelpreisen sei es unmöglich, mit den gegenwärtigen Löhnen ohne eine wirklich ausreichende Teuerungszulage auszukommen. Die Teuerungszulage dürfte aber nicht wieder 5 oder 10 $\frac{1}{2}$ betragen; denn dieser so geringe Betrag habe sich schon früher immer als zu niedrig erwiesen; denn wenn nach wochenlangen Verhandlungen so eine geringe Teuerungszulage bewilligt worden war, waren die Preise für alles, was der Arbeiter braucht, so in die Höhe gegangen, daß die bewilligten Zulagen nicht mehr ausreichten und die Kameraden wieder auf denselben Punkte standen und mit ihrer Familie weiter hungern mußten. Das muß nun einmal anders werden. Die Arbeiter verlangen, daß sie sich wenigstens halb satt essen können, wenn sie vom frühen Morgen bis zum Abend schwer arbeiten müssen. Nach längerer, sehr stürmischer Debatte verlangten die Kameraden, daß ein Anfang gemacht werden muß und beauftragten einstimmig die Leitung, Verhandlungen mit der Firma Karl Luchsheer anzubahnen. Der Gauleiter versprach, den Auftrag auszuführen und machte die Kameraden aber darauf aufmerksam, daß die auf diese Weise erzielten Zulagen jedenfalls auf die neuen Zulagen anzurechnet werden, wenn die zentralen Verhandlungen abgeschlossen sind.

Dortmund und Umgegend. In der Mitgliederversammlung am 4. August erstattete Kamerad Naferte den Kassen- und Tätigkeitsbericht vom zweiten Quartal. Die Mitgliederzahl ist gegenüber dem Vorjahre um 35 gestiegen; 19 Neuaufnahmen sind im Quartal erreicht worden. Rund ein Viertel der im Frieden hier in Arbeit stehenden Zimmerer ist nur noch beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit ist gut, so daß Arbeitslosigkeit nicht eintritt. Das Bauverbot ist in Anbetracht der Wohnungsnot gemildert. Die Ausfuhr der Wohnungsbauten wird von der Stadtwirtschaft eifrig gefördert. Mehrere Millionen Mark sind hierzu bereits bewilligt. — Die Werbearbeit im Juni wurde durch ein besonderes Zirkular angeregt. Außerdem beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung ausführlich mit diesem Thema. Von der Hausagitation konnte kein Gebrauch gemacht werden, da durch die Arbeitsverhältnisse sich niemand zur Verfügung stellte. Die Agitation beschränkt sich auf die Arbeitsstelle; hier muß von jedem Mitgliede nicht nur für neue Anwerbung eingeseht, sondern auch an der Festigung der Neugewonnenen mit Geschick gearbeitet werden. Die Unterstützung des Vorstandes bei der Werbearbeit durch die Verantwortung der an die Mitglieder gestellten Fragen ist unterblieben. Dies muß in der Folge vermieden werden. Als Erfolg der Werbearbeit im Juni sind sechs Neuaufnahmen zu verzeichnen. — Zum Bericht über die Lohnverhältnisse in der Zahlstelle wurde von der Eingabe der Zentralvorstände an den Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zustimmend Kenntnis genommen. Aus dem abgehenden Antwortschreiben des Bundes schließen die Kameraden, daß die Aufbesserung der Löhne recht weit hinausgeschoben werden soll. Von einer Eingabe an den Ortsverband der Arbeitgeber verspricht man sich nach den bisher gemachten Erfahrungen auch nichts. Die Versammlung kommt daher nach eingehender Aussprache zu dem Entschluß, in den folgenden Tagen persönlich bei jeder Firma um Lohnzulage anzuhaken. Die Preise für die Lebenshaltung sind Berliner Preise; da können sich unmöglich die Firmen noch länger auf den hiesigen Tariflohn von M 1,07 berufen. Selbst unter Zuhilfenahme von Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist das Durchhalten schwierig. Da freie Arbeitsstellen für M 1,50 Stundenlohn in der Zahlstelle vorhanden, soll dieser Lohn verlangt werden. Von einer etwaigen Tarifverlängerung hofft man auch die bessere Beschäftigung bei auswärtigen Arbeiten zu erreichen. Von den Antworten der Firmen ist dem Zahlstellenvorstand umgehend Nachricht zu geben. Diesem stimmt die gutbesuchte Versammlung einstimmig zu.

Halle a. S. Am 3. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Kameraden Quorp, Braune, Raumann und Tille, die gefallen sind, in üblicher Weise geehrt. Darauf gab der Gauleiter Bericht über die 28. und 29. Juni in Leipzig stattgefundene Gauleiterkonferenz. Die Diskussion

war lebhaft, hauptsächlich über die Beitragsleistung und Unterstützung. Dem Gauleiter wurde anheimgegeben, bei dem Zentralvorstand dahin zu wirken, daß die Vorlage jeder Zahlstelle so bald wie möglich zugeandt wird, damit die Zahlstellen Stellung dazu nehmen können. Der Kassierer gab hierauf die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M. 858,05, dem dieselbe Ausgabe gegenübersteht. Die Lokalkasse bilanzierte mit M. 1407,43. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Darauf Schluß der Versammlung. Da bei dem Vorstande verschiedene Anfragen eingegangen sind betreffs einer weiteren Teuerungszulage, so soll sich die nächste Versammlung damit beschäftigen. Die Kameraden werden jetzt schon erlucht, in der nächsten Versammlung zu erscheinen; denn die Versammlung ist der Ort, wo wir über unser Schicksal beschließen können.

Lehe-Geeftemünde. Am 24. Juli tagte unsere Generalversammlung für das zweite Quartal 1918. Auf der Tagesordnung stand: Geschäfts- und Kassenbericht vom ersten und zweiten Quartal, Geschäftliches. Kamerad Reich eröffnete die Versammlung und begrüßte die im Laufe des Quartals aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden. Er legte die Gründe dar, die gegen die Abhaltung einer Versammlung am Schluß des ersten Quartals sprachen, und gab in übersichtlicher Weise einen Bericht über das Geschäftsgebarung in dem verfloffenen Halbjahr. Der Stand der Organisation sei ein guter, die Mitgliederzahl seit Beginn dieses Jahres stets im Wachsen begriffen. Bis zum heutigen Tage sei die Mitgliederzahl wieder auf 142 angewachsen. Der Zuwachs in der letzten Zeit sei größtenteils auf die Anmeldung reklamierter Kameraden zurückzuführen, die nun durch energisches Eingreifen einzelner Kameraden an ihre Pflicht erinnert wurden. Außerdem habe die Juni-Agitation neuen Aufschwung gebracht. Im Baugewerbe seien nun, soweit sich feststellen ließe, außer den Polierern, unorganisierte Zimmerer nicht mehr beschäftigt. Auf den Werften biete sich aber noch ein reiches Agitationsfeld. Allerdings liegen die Verhältnisse in diesen Betrieben weit schwieriger, da die Verbindung unter den Kameraden sehr schlecht ist, und nachdem die Kameraden in allen Berufen untergebracht sind, es sich überhaupt nicht feststellen ließe, wer als Zimmerer in Frage kommt. Immerhin dürften sich bei reger Betätigung aller Kameraden für die Organisation einige Fortschritte erzielen lassen, was die Erfolge, die durch die wenigen, erst seit einigen Wochen zurückgekehrten Kameraden, errungen wurde, bezeugen. Redner forderte die Anwesenden auf, alles daranzusetzen, um auch den letzten Unorganisierten dem Verbands zuzuführen. Vor allem sei ein Augenmerk darauf zu richten, daß die vom Militär zurückkehrenden Kameraden sich in der Organisation anmelden. Anschließend hieran gab der Redner die Namen der bis jetzt im Felde gefallenen oder gestorbenen Kameraden bekannt. Die Zahlstelle hat den Verlust von 42 Kameraden, und zwar 16 verheiratete und 26 ledige, zu beklagen. Eine weitere Anzahl sei schon lange Zeit vermißt, so daß sich die Zahl bedauerlicherweise noch erhöhen wird. Das Andenken der Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Ueber die finanzielle Lage der Zahlstelle gab der Berichterstatter ein durch viele Unterlagen ausgestattetes Bild der Bewegung in den Kassengeschäften. Seit dem dritten Quartal 1917 haben sich die Einnahmen doch wieder soweit gebessert, daß sie für die Deckung aller Verbindlichkeiten ohne Angriff der Bestände reichen. Durch die im Wachsen begriffene Mitgliederzahl dürfte zukünftig eine Erübrigung zu verzeichnen sein. In der Diskussion sprachen viele Kameraden ihre Entrüstung über das Verhalten einiger Kameraden aus, die, trotzdem sie schon monatelang in Arbeit stehen, die Anmeldung verweigern. Zur besseren Kontrolle wird der Vorstand ersucht, für jede Arbeitsstelle eine Plakette aufzustellen, damit eine Uebersicht über die Beschäftigten und angemeldeten Kameraden vorhanden ist. Zu Punkt 2 führt R. Reich an, daß von vielen Mitgliedern eine Erhöhung des Krankengeldes beantragt worden sei. Trotz der bisher ungünstigen Kassenverhältnisse konnte der Vorstand nicht ohne weiteres über diesen Antrag hinweggehen; denn durch die heutige Geldentwertung seien die bisherigen Sätze im Rückstand. Auch die vierzehntägige Karenzzeit hält der Vorstand für eine große Härte und möchte die Befreiung dieser herbeiführen. Wenn nun einmal die Zahlstelle eine derartige Einrichtung unterhalten will, so sollte sie diese auch so gestalten, daß sie für die Mitglieder zweckdienlich ist. Allerdings müßte diese Erhöhung durch eine Beitragserhöhung ausgeglichen werden, die heute aber noch zurückgestellt werden soll, um nähere Unterlagen der Höhe zu erlangen. Der Antrag des Vorstandes ging dahin, das Krankengeld um 30 % pro Tag zu erhöhen und die Karenzzeit den übrigen Krankentassen anzupassen. Nach reichlicher Aussprache tritt die Versammlung dem Antrage des Vorstandes bei und stimmt diesem gegen eine Stimme zu. Von einer Beitragserhöhung soll vorläufig noch Abstand genommen, bei Festsetzung der Winterbeiträge unter den bis dahin gesammelten Erfahrungen auf diese Angelegenheit Bezug genommen werden. In weiterem wird von dem Vorstand angeregt, die während des Krieges eingestellte Arbeitskontrolle wieder aufzunehmen, den vor dem Kriege bestehenden Arbeitsnachweis der Organisation wieder zu beleben, um jederzeit von dem Stand des Arbeitsmarktes am Orte und von der jeweiligen Arbeitsstelle des einzelnen Kameraden unterrichtet zu sein. Die Kontrolle, die vor dem Kriege schon gute Früchte gezeitigt hat, wird dies während desselben in erhöhtem Maße tun. Es sei dies gleichfalls eine Erleichterung der vierzehntägigen Feststellungen und bei dem Uebergange zur Friedenswirtschaft nach den örtlichen Verhältnissen fast unumgänglich. Es wird beschlossen, die Kontrolle wieder aufzunehmen. Der Vorstand wird beauftragt, einen Fragebogen zirkulieren zu lassen, um die gegenwärtige Arbeitsstelle der Kameraden zu ermitteln. Nach dieser Feststellung muß jede Veränderung im Arbeitsverhältnis dem Vorstand gemeldet werden. Dem Meldenden wird von dem Vorstand eine Karte ausgestellt, die dieser an der neuen Arbeitsstelle dem Plakdepublierten oder einem sonstigen Mitgliede vorzuzeigen hat. Um die Meldung den Mitgliedern zu erleichtern, brauchen diese nicht persönlich nach dem Bureau zu kommen, sondern können das auch bei dem Hauskassierer bewerkstelligen. Nach Erledigung dessen entspann sich eine lebhaft Debatt über die ins Unendliche steigende Teuerung und der bestehenden Löhne.

Scharf wurde kritisiert, daß die Zentralleitung den Verhandlungstermin so weit hinausgeschoben habe, was ja auch schon bei der Zustimmung der letzten Abmachungen erfolgte. Der Vorstand wurde beauftragt, dem Zentralvorstand die Unzufriedenheit der Mitglieder zu unterbreiten und denselben zu ersuchen, daß er in aller Kürze Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage anbahnt und nicht den vorgesehenen Termin (1. Oktober) abwartet. Ferner soll die Zentralleitung eine Eingabe an die Reichsbefehlungsstelle richten, in der die Beschaffung von langen Stiefeln und Arbeitszeug für die bei Wasserarbeiten beschäftigten Zimmerer und anderer Arbeiterkategorien (vielleicht mit diesen gemeinsam) angeregt wird. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es ausgeschlossen, für die abgetragenen Stiefel Ersatz zu beschaffen. Wenn hier keine Abhilfe geschaffen wird, so muß in dem bevorstehenden Winter zweifellos eine Gefährdung der Wasserarbeiten eintreten. Einem weiteren Antrage des Vorstandes auf Regelung seiner Bezüge wurde einstimmig stattgegeben. Nach Wahl eines Schriftführers, die wegen Amtsniederlegung erfolgen mußte, und Festsetzung dessen Entschädigung sprach der Vorsitzende seine Genugtuung über den Verlauf der heutigen Versammlung aus, und nach einem Appell an die Anwesenden, daß von nun an ein jeder seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen müsse, um das Erreichte zu erhalten und weiter auszugestalten, wurde die seit langer Zeit erstmalig gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Merseburg. Am 5. August tagte eine außerordentliche Versammlung, die sich mit Krankenfliegengangelegenheiten befaßte. Der Referent, Vorsitzender der Zentralkasse der Zimmerer in Hamburg, Kamerad Waade, hielt einen aufklärenden und instruktiven Vortrag, worin er betonte, daß die Notwendigkeit sich doppelt zu verifizieren, jedem geboten sei, zumal die Spannung zwischen Verdienst und Ausgaben immer größer werde, im Krankheitsfalle mit dem Krankengeld einer Kasse unmöglich auszukommen sei. Da stehe den Kameraden der Beitritt zu unserer Kasse am nächsten, und er hoffe, daß sich im hiesigen Bezirk recht bald eine größere Zahl Mitglieder anschließen. Die vorher auf den Arbeitsstellen stattgefundene Agitation hat noch kein befriedigendes Resultat gezeigt, es muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden. Da bis jetzt 20 Beitritte erfolgten, so beschloß man, eine Verwaltungsstelle zu errichten. Die Ortsverwaltung wurde gleichfalls gewählt, und zwar zum Vorsitzenden Heselbarth, zum Kassierer (vorläufig) Gramann, zum Schriftführer Mettin, als Revisoren Weinhardt und Gadow. Beitritte zur Kasse können jederzeit im Verbandsbureau, Weizenfelder Straße 6, vollzogen werden; auch die Vorstandsmitglieder auf den verschiedenen Arbeitsstellen nehmen solche entgegen. Die Abfertigung der Kassenangelegenheiten geschieht vorläufig Sonnabends bis 7 Uhr im Verbandsbureau. Kameraden, welche bisher als Einzelgänger bei der Hauptkasse angemeldet sind, können sich nun in der hiesigen Verwaltungsstelle anmelden. Sorge ein jedes Mitglied für die Ausdehnung der Kasse; die Lücken, die der Krieg auch hier verursacht, müssen wieder ausgefüllt werden.

Stuttgart und Umgebung. Am 1. August fand auf Wunsch der in den Daimlerwerken an den Bauhallen der Werkerweiterung beschäftigten Bauarbeiter und Zimmerer in Untertürkheim eine gemeinschaftliche Versammlung statt. Die Versammlung wurde um 5 Uhr, nachmittags, anberaumt und dem Arbeitgeberbund davon Kenntnis gegeben. Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes erklärte, daß er unter keinen Umständen dulden könne, daß die Versammlung um 5 Uhr stattfindet. Abzuändern war allerdings nichts mehr daran. Auch werden sich die Organisationen des Baugewerbes in Zukunft nicht vorschreiben lassen, wann und wo ihre Versammlungen stattfinden. Die Versammlung beschäftigte sich mit der sofortigen Zahlung einer weiteren Zulage an die Arbeiter, und daß es die Bauarbeiter und Zimmerer mit ihrem berechtigten Wunsch ernst nehmen, das bezeugte der Versammlungsbesuch. Kurz nach 5 Uhr erschienen die ersten, und in einer Viertel Stunde war das geräumige Lokal von 600 Arbeitern besetzt. Kollege Waade vom Bauarbeiterverband eröffnete die Versammlung unter Hinweis, daß die Leitungen der Verbände dem Wünsche der Arbeiter nachgekommen und die Versammlung einberufen hätten. Aus der Mitte der Versammlung fanden die ersten Wortmeldungen statt, worin ausgeführt wurde, daß die Bauarbeiter und Zimmerer durch die unerhörten Preissteigerungen der Kleider und Schuhe in eine recht trostlose Lage versetzt worden wären; sie verlangen von den Organisationsleitungen sofortige Abhilfe. Der Kamerad Deuger vom Zimmererverband gab sodann ein Bild von der allgemeinen Lage; jeden Tag laufen Zuschriften ein, worin das Drängen der Mitglieder nach einer recht baldigen Zulage immer größer wird. Die gegenwärtigen Löhne für Maurer und Zimmerer im Hochbau betragen pro Stunde samt Teuerungszulage M. 1,09, für Hilfsarbeiter werden 97 % gezahlt. Die Löhne im Betonbaugewerbe betragen für Zimmerer und Zementfacharbeiter M. 1,12 und für Zementarbeiter M. 1,02. Mit diesen Löhnen können die Bauarbeiter und Zimmerer bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr auskommen. Bei den letzten Vereinbarungen über Zahlung von Teuerungszulagen wußte man noch nicht, daß eine Arbeitswoche im Monat Juli 1918 M. 55 bis 60 kostet, und der Arbeiter dafür eine Woche arbeiten muß; man wußte ebenfalls nicht, daß für ein paar Arbeitsstiefeln M. 60 bis 70 bezahlt werden müssen, und es muß zugegeben werden, daß die Arbeiter im Baugewerbe recht viel Stiefel und Arbeitskleider gebrauchen. Eine sofortige Zahlung einer Kleider- und Schuhzulage sollten die Unternehmer aus eigenem Antriebe schon längst zahlen. Mit dem Hinweis auf die Vereinbarungen ist den Arbeitern nicht gedient; hier heißt es auch: „Nicht kennt kein Gebot“. In verschiedenen Fabriken werden für Maurer und Zimmerer M. 1,35 pro Stunde gezahlt, auch elliche Baufirmen haben durch Aufbesserungen von 20 und 25 % ein Verständnis für die Lage der Arbeiter bekundet; jedoch der große Teil der Unternehmer klammert sich an die Tariflöhne, die von ihnen als Höchstlöhne angesehen, von den Arbeitern hingegen als Mindestlöhne und nach oben hin unbegrenzt betrachtet werden. In vielen andern Städten sind diese Tariflöhne schon längst um 20 % und noch mehr überschritten, und was anderswo möglich ist, muß auch in Stuttgart möglich sein. So zahlt eine auswärtige Firma

ihren Zimmerleuten M. 5 Zulage pro Tag, obwohl für die Ausführung der Arbeiten die hiesigen Firmen die gleichen Preise haben; es ist also den Unternehmern gut möglich, den Arbeitern im Baugewerbe entgegenzukommen, und wir möchten die Unternehmer warnen, es bis zum äußersten kommen zu lassen. Nach einigen Ausführungen des Kollegen Waade, daß sich Mann für Mann seiner Organisation anschließen solle, und nach Annahme der nachstehenden Resolution wurde die Versammlung geschlossen: „Die auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeiter am 1. August tagende gemeinschaftliche Versammlung der Bauarbeiter und Zimmerer beauftragte die Organisationsleitungen beider Verbände, in möglich kurzfristiger Zeit mit den in Frage kommenden Unternehmern in Verbindung zu treten zwecks Zahlung einer weiteren Zulage mit sofortiger Wirkung, und zwar aus folgenden Gründen: Die Preise der Kleider, Schuhwaren und die Reparaturen derselben haben eine bereits unerschwingliche Höhe erreicht. Die Mietpreise der Wohnungen haben ebenfalls durchweg eine Steigerung erfahren. Die Preise der Haushaltsartikel (Küchengeräte usw.) sind bis in das Beinfache hinaufgestiegen. Die Bauarbeiter und Zimmerer müssen, um ihren Körper arbeitsfähig zu erhalten, Lebensmittel zu Schleichhandelspreisen erwerben. Aus obigen unumstößlichen Gründen ist es den Bauarbeitern und Zimmerern unmöglich, mit dem gegenwärtigen Verdienst durchzuhalten. Die Versammlung erwartet deshalb ein der gegenwärtigen Lebenshaltung gemäßes Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer. Dieses Entgegenkommen soll in Form einer Kleider- und Schuhzulage geregelt werden.“

Werdau. Eine Mitgliederversammlung am 30. Juli befaßte sich sehr eingehend mit der immer unerträglicher werdenden Teuerung. Sie beschloß, den Zentralvorstand zu ersuchen, daß er unverzüglich Schritte einleitet zur Vereinbarung einer neuen Teuerungszulage, die noch innerhalb der laufenden Vertragsperiode gewährt werden müsse. Dieses Verlangen wurde damit begründet, daß alle Bedarfsartikel eine nie geahnte Preissteigerung erfahren haben, deren Grenze noch gar nicht abzusehen sei, und daß deshalb die Löhne völlig unzureichend seien; sie müßten mindestens um 20 bis 30 % höher sein. Die Versammlung erwartet, daß in Kürze eine Teuerungszulage eintritt; im andern Falle behält sie sich weitere Stellungnahme vor.

Ueber die Juni-Agitation.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Alt d a m m. In unserer Zahlstelle gibt es keine unorganisierten Zimmerer.

Anklam. Hier sind sechs Unorganisierte. Drei erklärten, sie müßten noch Soldat werden. Einer ist immer krank. Einer wohnt in Lassin, er will sich der dortigen Zahlstelle anschließen. Einer war nicht zu ermitteln; er wohnt auf dem Lande.

Arnswalde. Hier ist nur noch ein unorganisierter Polier. Er hat immer gesagt, er wolle der letzte sein, der dem Verbands beitrete. Nun er der letzte ist, tut er es doch nicht.

Barth. Hier sind fünf Unorganisierte. Drei davon scharwerken in der Landwirtschaft; für sie hat angeblich der Beitritt zum Verbands keinen Zweck. Einer ist Invalide, und einer, der als Polier arbeitet, ist zum Beitritt nicht zu bewegen.

Bergena. Rügen. Hier sind ebenfalls fünf Unorganisierte. Einer will nach dem Kriege Mitglied werden. Einer ist Unternehmer geworden. Zwei sind Poliere, sie wollen nicht beitreten. Einer arbeitet auf einem Gutshof, weshalb für ihn vermeintlich der Beitritt keinen Zweck hat.

Breslau. Die Agitation wurde von den Kassierern ausgeführt. Wir hatten acht Neuaufnahmen. Zwei Kameraden, die sich nicht vom Militär zurückgemeldet hatten, wurden aufgesucht und zahlen jetzt ihre Beiträge. Ein Polier, der früher Mitglied war, will es sich überlegen; er ist nicht abgeneigt, dem Verbands wieder beizutreten. Bei einem Mitglied der freien Vereinigung war jede Bemühung umsonst. Ein Polier erklärte, was er im Verbands solle; er gehe dahin, wo er seinen Lohn bekomme.

Darmstadt. Die Arbeitsverhältnisse veranlaßten den Zahlstellenvorstand, schon vor Juni mit der Agitation einzusetzen. Mit Hilfe des Gauleiters hatten wir zwölf Neuaufnahmen und 14 Zugänge von Reklamierten. Einige der letzteren mußten wiederholt aufgefordert werden, ehe sie sich ihrer Pflicht erinnerten. Im Juni waren noch drei Unorganisierte im Verus beschäftigt. Weitere Unorganisierte in dem Bezirk unserer Zahlstelle arbeiten in der Kriegsindustrie.

Demmin. Es wurden sieben Unorganisierte ermittelt. Sie wollen während des Krieges nicht beitreten, und erklären dreist, daß sie die Teuerungszulage auch so erhalten.

Deutsch-Lissa. Bis auf ein paar Poliere ist hier alles organisiert. Auf den Plätzen wird eingehende Kontrolle geübt, wodurch Unorganisierte immer schnell dem Verbands zugeführt werden.

Eisenach. Als Ergebnis der Agitation buchen wir fünf Aufnahmen. Einige Unorganisierte lehnten wegen hohen Alters ihren Beitritt zum Verbands ab. Sonst ist alles organisiert.

Gollnow. Von zehn Unorganisierten, die meistens über 60 Jahre alt sind, haben sich zwei in den Verbands aufnehmen lassen.

Greifenhagen. Drei Zimmerer sind unorganisiert. Zwei davon sind zur Arbeit reklamierter Mitglieder, die sich aber trotz mehrmaliger Aufforderung nicht anmelden. Der dritte ist der frühere Zahlstellenvorsitzende, der gleich bei Kriegsausbruch den „Hafen“ gemacht hat.

Großröhrsdorf. Im Zahlstellengebiet sind Zimmerer, die in den Verbands aufgenommen werden könnten, nicht mehr vorhanden. Drei über 60 Jahre alte unorganisierte Zimmerer, die nur aus Hilfsweise dem Verus nachgehen, kommen für den Verbands nicht mehr in Frage.

Helmstedt. Wir haben durch die Agitation nichts erreicht. Es sind nur zwei unorganisierte Zimmerer hier, davon ist einer Invalide.

Kolberg. Hier sind unorganisierte Zimmerer nicht vorhanden.

Königsberg i. Pr. Das weitverzweigte Arbeitsgebiet, das sich infolge des Wiederaufbaues über den

größten Teil der Provinz bis in die besetzten Gebiete Außerlands hinein erstreckt, gestaltet gegenwärtig die Agitation bedeutend schwieriger als in den Friedensjahren. Nicht selten kommt es vor, daß Arbeitsstellen von der Kontrolle überhaupt nicht erfasst werden, besonders auch durch den Mangel an agitatorisch tätigen Kameraden. Der Zahlstellenvorstand mußte sich deshalb bei der Agitation auf die Plätze mit nennenswerten Arbeiten beschränken. Der Erfolg ist, daß zehn Mitglieder gewonnen wurden. Wo Unorganisierte angetroffen wurden, handelte es sich in der Regel um bekannte Kameraden, die früher aus irgendeinem Grunde ausgetreten sind oder wegen Schulden gestrichen werden mußten. Es hat sich hierbei gezeigt, daß auf solchen Arbeitsstellen, wo der richtige Organisationsgeist herrscht und die Kontrolle der Bücher nicht vernachlässigt wird, säumige Zähler oder Gleichgültige nicht aufgenommen können. Wo dem guten Beispiel gefolgt wird, da dürfte auch in Zukunft der Erfolg nicht ausbleiben.

Röslin. Von fünf Unorganisierten ist einer Polier; er lehnt den Beitritt ab. Einer ist zu alt. Zwei arbeiten nicht beim Meister; sie sind der Meinung, sie brauchen den Verband nicht mehr. Der fünfte arbeitet nur vorübergehend als Zimmerer.

Loik. Unorganisierte Zimmerer haben wir in unserer Zahlstelle nicht mehr.

Nürnberg und Umgebung. In einer Sitzung am 10. Juni hat die Verwaltung mit den Bau- und Platzdelegierten die Agitation besprochen. Alle Anwesenden wurden einig, sofort eine Hausagitation, und zwar bezugsweise vorzunehmen. Von dem Ergebnis dieser Agitation konnte in der am 23. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung nur ein Teil der Funktionäre berichten; die meisten hatten die Unorganisierten in der Wohnung nicht angetroffen. Einer war zum Hamstern aufs Land gefahren, der andere zur Arbeit in seiner Gartenkolonie usw. Einen kleinen Erfolg hatte jedoch die Hausagitation; es wurden vom 16. Juni bis Mitte Juli vier Erneuerungen und zwei Neuaufnahmen eingebracht. — Um festzustellen, wie groß die Zahl der Nichtorganisierten am Orte ist, hat jeder Bau- und Platzdelegierte einen Fragebogen erhalten, worauf jeder anwesende Zimmerer Namen und Wohnung einzuschreiben hatte. Der Bogen sollte ausgefüllt bis zur ersten Woche im Juli an das Bureau zurückgelangt sein; jedoch wurde dieser Termin von vielen Kameraden nicht eingehalten. Erst in der dritten Woche im Juli gingen die letzten Bogen an das Bureau ein. Der Auszug der einzelnen Bogen hat in der Zusammenstellung folgendes Ergebnis gebracht:

Anzahl der Zimmerer	Im Zentralverband	Im Christlichen Verband	In andern Organisationen	Nicht organisiert
In Betonbetrieben...	120	—	—	7
„ Fabrikbetrieben ..	27	—	—	23
„ Zimmereibetrieben	85	2	8	31
Im Bezirk Erlangen...	10	—	—	3
„ „ Fürth	10	—	1	10
Summa...	252	2	9	74

Die Mitglieder der auswärtigen kleinen Bezirke sind beim Bezirk Nürnberg mitgezählt, weil sie sämtlich in Nürnberg beschäftigt sind. Im Bezirk Baiersdorf sind 8 Mitglieder, in Wuch bei Nürnberg 6 Mitglieder, in Fischbach 3 Mitglieder, Heroldsberg 4 Mitglieder, Neustadt a. d. Aisch 2 Mitglieder, Wendelstein 1 Mitglied und in Zirndorf 3 Mitglieder.

In folgenden Bezirken haben wir zurzeit keine Mitglieder: Albenberg, Altdorf, Büchenbach, Cadolzburg, Eschenau, Giebach-Reichelsdorf, Großhabersdorf, Herzogenaurach, Veinburg, Neumarkt und Hofstadt.

Ohlau. Hier werden große Baulichkeiten nicht ausgeführt. Soweit unorganisierte Kameraden vorhanden sind, haben wir sie auf den Baustellen oder in den Wohnungen aufgesucht, um sie für unseren Verband zu gewinnen. Fünf Kameraden kommen in Frage. Zwei sind nicht abgeneigt, sich später aufnehmen zu lassen; sie wollen jetzt durch wirtschaftliche Gründe daran gehindert sein. Ein Kamerad will den Beruf überhaupt aufgeben. Zwei sind beigetreten.

Rasewall. In Rasewall bei Rasewall wurden drei Unorganisierte ermittelt, die den Beitritt zum Verbands ablehnen. In Rasewall selbst sind fünf Unorganisierte, die ebenfalls nicht zu bewegen waren, dem Verbands beizutreten. Sie erklären, den Lohn, den die Verbandsmitglieder erhalten, bekämen sie auch.

Robeju. Hier gibt es keine unorganisierten Zimmerer.

Pölich. Unorganisierte Zimmerer sind hier nicht zu ermitteln.

Phritz. Hier wurden zehn Unorganisierte ermittelt. Es hat sich niemand aufnehmen lassen. Zwei wollen damit noch warten. Zwei andere wollen nächstens eintreten. Zwei sind Invalide, und zwei erklären, für sie habe der Verband keinen Zweck.

Saarbrücken. Durch die Juni-Agitation wurden unserer Zahlstelle 18 neue Mitglieder zugeführt. Unorganisiert sind jetzt noch vier Kameraden.

Sahn. Hier sind alle Zimmerer organisiert.

Schlau. Von vier Unorganisierten hat einer versprochen, beizutreten. Die übrigen drei lehnten ihren Beitritt ohne Angabe von Gründen ab.

berg 3, Rötchenbroda 5, Zittau 41; Thüringen: Altenburg 40, Apolda 10, Gera 5, Jena 8, Schmöln 5, Weimar 6, Zeulenroda 2; Hannover, Oldenburg, Braunschweig: Emden 2, Leer 30, Norden 5, Hameln 5, Hannover 3, Celle 8, Harburg 49, Lüneburg 2, Hildesheim 1, Braunschweig 2, Holzminden 10, Wolfenbüttel 8, Nienburg-Wilhelmshaven 125, Bremerhaven 19, Rotenburg 2, Bremen 4; Schleswig-Holstein: Bad Oldesloe 2, Gutin 5, Kiel 41, Lübeck 6, Segeberg 10, Hamburg 8; Hessen-Nassau, Hessen: Frankfurt 6, Hanau 5, Höchst 6, Limburg 12, Offenbach 6, Wiesbaden 10; Westfalen: Bielefeld 4, Bochum 10, Dortmund 26, Hagen 26, Paderborn 5, Siegen 20; Rheinland: Weimar 2; Bayern: Augsburg 9, Bamberg 10, München 10, Nürnberg 21, Rosenheim 2, St. Ingbert 7, Weiden 5; Württemberg: Friedrichshafen 25, Heilbronn Stuttgart 50 (außerhalb); Baden: Freiburg 8, Karlsruhe 25, Mannheim 18, Oberkirch 3, Rastatt 6, Waldkirch 4; Elbsaß-Lothringen: Colmar 20, Metz 10, Mühlhausen 5, Rappoltsweiler 165, Schlettstadt 30, Straßburg 20. Insgesamt werden in 93 Orten 1360 Zimmerer gesucht.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Kartelle der freien Gewerkschaften im Jahre 1917. Die Statistik des Jahres 1917 umfaßt 771 Kartelle, an der Statistik für 1917 sind dagegen nur 453 beteiligt. Die Zahl der berichtenden Kartelle ist jedoch nicht der der bestehenden gleich zu erachten. Erst geraume Zeit nach Kriegsende wird der Kartellbestand ziffernmäßig festgestellt werden können.

Den 453 an der Statistik beteiligten Kartellen gehörten am Schlusse des Jahres 1917 zusammen 5433 Gewerkschaften mit insgesamt 1 053 402 Mitgliedern an. Im Vorjahre wurden 837 492 Mitglieder gezählt; es ist also ein Mehr von 215 910 Mitgliedern zu verzeichnen, obwohl von der jüngsten Statistik weniger Orte erfasst wurden. In dieser Vermehrung der Mitglieder kommt die im Jahre 1917 eingetretene Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften zum Ausdruck. Die Zahl der Kartelle, die vor dem Beginn des Krieges über 25 000 Mitglieder hatten, ist von 14 auf 6 zurückgegangen. Gegenwärtig haben über 25 000 Mitglieder die Orte: Berlin 168 383, Dresden 51 942, Hamburg 51 424, München 34 655, Köln 25 753, Leipzig 25 021. Leipzig hat gegen das Vorjahr einen weiteren Rückgang an Mitgliedern aufzuweisen. Dieser Abgang ist darauf zurückzuführen, daß die politischen Streitigkeiten in die Gewerkschaften hineingetragen wurden, in deren Verlauf es zum Austritt von acht Gewerkschaften mit zusammen 10 374 Mitgliedern kam. Erwähnenswert ist die Tatsache, daß 15 Kartellorte zusammen gegenüber der Zeit vor Kriegsausbruch einen Zuwachs von 16 151 Mitgliedern erhalten haben. Von allen den Kartellen angeschlossenen Mitgliedern stellt der Verband der Metallarbeiter allein 348 149.

Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Betätigung der Gewerkschaften sind solche enge Grenzen gezogen, daß sie fast als aufgehoben angesehen werden kann. Die Versammlungstätigkeit ist denn auch sehr gering. Von den berichtenden Kartellen wurden zusammen 445 allgemeine und 451 berufliche Versammlungen abgehalten. Auch die Förderung der Bildungsbestrebungen, zu deren Pflege besonders die Kartelle berufen sind, ist unterbunden. Ungenügende Ernährung, die ständige Sorge um die Herbeischaffung der notwendigen Nahrungsmittel, lange Arbeitszeit bei intensiver, erschöpfender Arbeitsleistung stumpfen den Arbeiter allmählich ab und läßt das ideale Streben, seinem Leben einen höheren Inhalt zu geben. Da findet die Pflege der Bildungsbestrebungen keinen fruchtbaren Boden. Andererseits ist den Kartellen durch den Kriegszustand eine Reihe neuer Aufgaben erwachsen, die besonders in den verschiedenen Zweigen der Kriegsfürsorge und durch die Tätigkeit in den durch das Hilfsdienstgesetz gebildeten Ausschüssen zu erfüllen sind. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben haben sich die Kartelle im Laufe ihrer Entwicklung verschiedene Einrichtungen geschaffen; darunter sind die auf dem Gebiete des Rechtsschutzes getroffenen die wertvollsten. Es wurden von Kartellen unterhalten: 111 Arbeitersekretariate und 122 Rechtsauskunftstellen; Gewerkschaftsbureaus waren in 21 Orten vorhanden. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen haben 69 Gewerkschaftshäuser. 342 Kartelle besitzen gemeinsame Bibliotheken und 82 unterhalten Lesezimmer. Bildungsausschüsse bestehen an 240 und Jugendkommissionen an 214 Orten. — Obwohl im Berichtsjahre die Ausgaben die Einnahmen noch um M. 1732 überstiegen, ist doch gegen die beiden Vorjahre eine erhebliche Besserung der Finanzgebarung bei den Kartellen festzustellen. Von 152 Kartellen wurden während des Krieges zusammen M. 139 153 zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen aufgebracht; von dieser Summe entfallen M. 22 021 auf das Jahr 1917. — Die erfreulichste Seite der Kartellstatistik für das Jahr 1917 ist die festgestellte Erstarbung der Gewerkschaftsbewegung, die in der Vermehrung des Mitgliederbestandes zutage tritt.

Die Kriegszeit verschuldet auch hier die verminderte Berichterstattung.

Bekanntmachungen

der
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
(Ersatzkasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et.
Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 5. Juli bis 2. August 1918 erhält die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Ammühle M. 12, Bergedorf 250, Berlin III 400, Berlin VIII 600, Boizenburg 110, Brunsbüttel 60, Bunzlau 60, Cappel 120, Cöpenick 450, Crefeld 90, Crumbach 40, Dahlen 42,01, Danzig 150, Dierßen 130, Doberan 209,55, Dortmund 180, Elmendingen

40, Eutin 50, Frankenthal 125, Frankfurt a. d. O. 32,44, Friedrichshagen 150, Genshagen 37, Gollnow 5,94, Groß-Flottbeck 120, Groß-Flottbek 70, Groß-Wotern 150, Groß-Zschadowitz II 100, Hagen 50, Hamburg III 150, Heideberg 100, Heideberg 196,65, Herzfelde 30, Hinterpetersdorf 150, Homberg 40, Kahla 6,21, Kalk 150, Kollig 103,60, Königstein 50, Konitz 32,05, Kröppeln 37, Kroschingen 80, Lauscha 100, Lichtenberg I 200, Lichtenberg II 200, Liepzig 34,78, Lützen 60, Loschwitz 100, Lützenwalde 150, Mannheim 150, Marne 11,50, Memel 100, Mörs 31, Mühlhausen i. Elbsaß 85, Neuruppin 100, Neustettin 22,20, Neumagor 32,27, Roffen 80, Ober-Schöneweide 150, Oberschönemannswag 80, Pantow 250, Pölitz 150, Preetz 100, Pringlaff 54,51, Rathenow 50, Reichena 18,67, Reinfeld 100, Roda 19,26, Röhrda 30, Ruhrodt 140, Sachwitz 24, Scharmbeck 26,42, Schlaben 25,99, Schrad 100, Schwabach 12,29, Schwebt a. d. Oder 100, Seligenstadt 48, Seind 90, Speyer 14,92, Steglitz 150, Steinbeck 80, Stollberg 60, Strausberg 90, Swinemünde 50, Teterow 40,71, Versbach 40, Wannsee 80, Warnemünde 36, Wattencheid 55,04, Weißensee 250, Wernigerode 40, Wilhelmshagen 30, Wittenberg 80, Wittenburg 80,33, Summa M. 9162,34.

Zuspruch erhielten vom 5. Juli bis 2. August die örtlichen Verwaltungen: Altenburg M. 200, Altona 100, Augsburg 100, Bamberg 100, Bernau 200, Brandenburg 100, Braunschweig 100, Briel 70, Cöln 100, Crefeld 50, Dresden II 200, Eisenach 70, Elbing 200, Emmendingen 30, Frankfurt a. M. 200, Gera 100, Groß-Zimmern 50, Hamburg II 250, Hameln 20, Hann.-Linden 100, Heideberg 50, Hildesheim 75, Hohenkaina 75, Kaiserlautern 50, Kalk 60, Karlsruhe 150, Kiel 100, Kroschingen 80, Leipzig 200, Ludwigshafen 100, Lützenberg 200, Mainz 300, Marburg 100, München 800, Oftershausen 100, Pegau 100, Peisterwitz 40, Penzig 50, Phritz 100, Rakeburg 150, Rothenstein 25, Schönebeck 50, Schwartau 150, Torgelow 150, Wandersfel 75, Wiesbaden 100, Wittenberg 80, Würzburg 200. Summa M. 6050.

An unsere Kassierer!

Wegen der Papierknappheit und der Teuerung der Druckfachen hat die letzte Generalversammlung in Halle beschlossen, das Protokoll nur in so viel Exemplaren herstellen zu lassen, als von den Mitgliedern bestellt werden. Wir bitten daher, die Anzahl der gewünschten Protokolle recht bald, spätestens bis zum 1. September, aufgeben zu wollen. Werden keine Bestellungen gemacht, senden wir den örtlichen Verwaltungsstellen je nur fünf Protokolle zu.

Von nachstehenden Verwaltungsstellen ist die Abrechnung für das zweite Quartal noch nicht eingelangt (die Kassierer werden aufgefordert, dieselben unverzüglich fertigzustellen und einzusenden): Altdamm, Bahn, Budow, Girschberg, Minden, Oranienburg, Saalfeld, Seeligstadt, Wismar.

Der Vorstand.

Versammlungsanzeiger.

Dienstag, den 20. August:

Friedrichshagen: Bei Witwe Lerche, „Bürgerfalle“.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 25. Juli starb plötzlich unser treues Mitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle

Otto Bardorf I

im Alter von 58 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die

[M. 3,90]

Kameraden der
Zahlstelle Worms und Umgebung.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M. 8, jede weitere Zeile M. 2 mehr. Freigekaufte werden nicht verabsolgt.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg.: 50, Engelstraße 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Marienplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolozeum“, Zwickauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 15. Fernsprecher daf. Verkehrslokale: Volkshaus und „Blauenische Bierhalle“, Patzsch 41. Zureichende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umfahren, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachm. 6—7 1/2 Uhr.

Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Lellingstraße 32. Zureichende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umfahren verboten.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgebung: Befendeburhof 56, Hinterhaus, 1. Stod. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 6 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Zureichende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umfahren, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Meisterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.

Hamburg-St. Georg. Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppel, Rostocker Straße 50. Telefon: Gr. 8, 2584. Jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 1 Uhr, Wettagstagesentnahme. Versammlungslokal der Zentralverantaltelle der Zimmerer.

Hamburg-Eimsbüttel. Albert Remde, Verkehrslokal, Bellealliancestr. 45. Jeden Sonntagsabend. Jeden letzten Sonntagsabend im Monat Juliabend der Zentralverantaltelle. Telefon: Gr. 6, 2782.

Hamburg-Winterhude. Verkehrslokal bei Herrn Schulz, Marktplatz 18. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.

Mannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4. 9, 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 5276. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.

München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pfaffengasse 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stod., Zimmer 64. Telefon 51080. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 8 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenberg 10.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 8. August entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Allenstein 7, Angerburg 6, Braunsberg 3, Gerdauen 5, Goldap 4, Gumbinnen 10, Königsberg 10, Loh 25, Marggrabowa 14, Westpreußen: Danzig 5, Elbing 8, Schwie 8; Pommern: Greifswald 4, Cöslin 2, Labes 2, Stettin 27; Posen: Posen 3; Brandenburg: Berlin 10, Landsberg 2, Luckenwalde 2, Nauen 4; Provinz Sachsen: Halle 50; Königreich Sachsen: Borna 20, Chemnitz 6, Dresden 56, Frei-